

Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 10.05.1999

Sitzungsort:
Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 19.12 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Rico Mecklenburg - Vorsitzender -
II. Bürgermeister Eiwin Scholl
Ratsherr Dieter Dilling
Ratsherr Ihno Slieter
Ratsfrau Inge Hoffmann
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Wilhelm Jerems

für Ratsherrn Johann Wessels

CDU

Beigeordneter Heinz Werner Janßen
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsherr Uwe Hellmann

für Herrn Beigeordneten Bongartz

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Günter Strelow

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Johann-Peter Böhmer
Herr Arthur Kalvelage
Herr Michael Hehemann

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

F.D.P. (Grundmandat)
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

von der Verwaltung

Stadtbaurat Jan Röttgers
Stadtamtsrat Uwe Ammermann
Stadtamtmann Robert Lier
Bauingenieur Alfred Bunjes
Stadthauptsekretärin Doris Kramer als Protokollführerin

Als Gäste:

Regierungsschuldirektorin Gerta Berghaus
Beigeordneter Wilhelm Leeker

Zuhörer: 17

Vertreter der Presse: 2

Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 10.05.1999

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Herr Mecklenburg eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Herr Mecklenburg schlägt eine Änderung der Reihenfolge der Anträge unter Punkt 6 vor. Er bittet darum, die Vorlage 13/782/1 der Vorlage 13/783 vorzuziehen, da Frau Berghaus einen weiteren Termin wahrzunehmen hat.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr.8 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 24.02.1999

Herr Böhmer fragt an, ob die Äußerung von Frau Berghaus, die VGS sei "kein Billigmodell da rund 1000 Lehrer/innen eingestellt werden müssen", so richtig sei oder ob sie hiermit 1000 Lehrerstelleneinheiten gemeint habe.

Frau Berghaus stellt richtig, daß in der Tat 1000 Lehrerstelleneinheiten gemeint seien.

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 24.02.1999 wird mit der vorgenommenen Änderung genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/783
Situation der Grundschule Petkum/Widdelswehr
(incl.Antrag der F.D.P.-Ratsfraktion vom 09.07.98)

Herr Mecklenburg moniert, daß Einzelheiten der Vorlage vorab in der Presse veröffentlicht wurden.

Herr Dr. Beisser begründet den Antrag der FDP-Fraktion.
Anschließend erläutert **Herr Ammermann** eingehend die Gegenüberstellung Schulerweiterung/Schulneubau der Grundschule Petkum.

Herr Scholl begüßt die Ausarbeitung der Verwaltung. Er ist erfreut darüber, daß die Verwaltung die Kosten für das Bauvorhaben Schule Petkum in die mittelfristige Finanzplanung mit aufnehmen werde. Erste Priorität habe aber nach wie vor der Schulneubau Constantia.

Herr Hegewald spricht sich auch dafür aus, dem Schulneubau Constantia erste Priorität einzuräumen. Dieser Bau dürfe nicht aufgrund der Planungen für Petkum hinausgezögert werden. Er möchte von Herrn Röttgers wissen, ob schon entsprechende Termine genannt werden können.

Herr Röttgers entgegnet, daß die mittelfristige Finanzplanung den Baubeginn in Constantia im Jahre 2001/2002 vorsieht. Mit dem Schulneubau in Petkum könne man in den Jahren 2003/2004 rechnen, wenn in der mittelfristigen Finanzplanung die entsprechenden Voraussetzungen im Haushalt 2000 geschaffen werden.

Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 10.05.1999

Herr Dilling weist auf Klagen vieler Eltern hin, die ihre Kinder lieber in der Westerburgschule beschulen lassen möchten.

Herr Ammermann entgegnet darauf, daß der Elternwunsch auf Beschulung in der Westerburgschule auf die dort angebotene Halbtagsbeschulung und auf Probleme in der Unterrichtsversorgung der Schule Petkum zurückzuführen sei aber nicht auf die räumliche Enge dieser Schule.

Herr Böhmer stellt fest, daß die Vorlage der Verwaltung die Wünsche der Elternschaft widerspiegelt. Eine mittelfristige Finanzplanung für 2002/2003 sei vielleicht eine Lösung, die von der Elternschaft getragen werden könne.

Herr Röttgers verdeutlicht Herrn Böhmer, daß von der Finanzierung des Baues und nicht vom Einzug im Jahre 2002/2003 die Rede sei. Mit dem Bau des Gebäudes sei 2003/2004 zu rechnen.

Beschluß: Dem Verwaltungsausschuß wird folgender Beschluß empfohlen:

- a) Zur Lösung der Raumprobleme an der Grundschule Petkum/Widdelswehr wird ein Schulneubau an der Blumenstraße errichtet.
- b) Das Raumprogramm der neuen Schule Petkum wird entsprechend der dieser Beschlußvorlage beigefügten **Anlage 3** beschlossen. Das Planungsamt ist mit der Erstellung der Planungsunterlagen einschließlich einer Kostenberechnung zu beauftragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/859
Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemeinbildenden Schulen der Stadt Emden

Herr Ammermann erläutert eingehend die Vorlage und verdeutlicht, daß aufgrund sinkender Schülerzahlen an der Dollartschule diese in den kommenden Jahren Probleme bekommen wird, eine vierzügige Orientierungsstufe und danach eine zweizügige Sekundarschule einzurichten. Die Schulbezirksanpassung sei daher unbedingt erforderlich.

In einer anschließenden Aussprache an denen sich die Herren **Scholl, Hellmann und Böhmer** beteiligten, wurden noch einmal die verschiedenen Standpunkte dargelegt.

Frau Berghaus ergänzt abschließend, daß sie eine Änderung des Schulbezirkes befürwortete. Sollten allerdings durch neue Baugebiete Änderungen erforderlich sein, müßten diese auch erfolgen.

Beschluß: Dem Rat wird folgender Beschluß empfohlen:

Die der Vorlage als Anlage 4 beigefügte "2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die allgemeinbildenden Schulen der Stadt Emden vom 04.12.1997" wird beschlossen.

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 10.05.1999

Punkt 6: Anträge

- a) Vorlage 13/782/1
Einführung der "Verlässlichen Grundschule" in Emden
- Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 13.04.1999 -

Herr Scholl führt aus, daß seine Fraktion die Einführung der "Verlässlichen Grundschule" (VGS) zum nächst möglichen Termin beabsichtige. Die Einführung zum 01.08.1999 sei allerdings nicht mehr möglich, da die Anmeldefrist 07.05.1999 bereits verstrichen sei. Seine Fraktion wolle den Dialog mit den Schulen und den Eltern. Man wolle keine unnötige Verzögerung der Einführung. Die Eltern sollten von den Vorteilen der VGS überzeugt sein. Die Stadt Emden als Schulträger habe die sächlichen Kosten bereitzustellen. Er bitte die Verwaltung darum, die sächlichen Kosten zu ermitteln, damit diese im Haushalt veranschlagt werden können.

Herr Röttgers bemerkt, daß die Dialogphase kurz und heftig gewesen sei. Er habe bei keiner Grundschule in Emden die Bereitschaft erkennen können, die VGS als Pilotprojekt einzuführen. Es sei abzuwarten, bis alle Unklarheiten beseitigt seien. Die Verwaltung werde weiter vorberreiten.

Herr Hellmann spricht sich gegen die VGS aus. Er ist der Meinung, man solle lieber Schritt für Schritt auf die "Volle Halbtagsschule" hinarbeiten.

Herr Böhmer verweist auf das Schreiben des Landeselternrates Niedersachsen, welches er vor der Sitzung an die Ausschußmitglieder verteilt hat. Er fragt sich, warum in der heutigen Sitzung über eine solche Tragschwere entschieden werde. Man brauche Akzeptanz in den Schulen und die Mitentscheidung der Eltern. Die Bildung müsse im Vordergrund stehen und nicht die Betreuung. Er spricht sich gegen einen Beschluß zum nächst möglichen Termin aus. Man solle sich noch ein halbes Jahr Zeit lassen um dann erneut zu beraten.

Herr Dr. Beisser betont, daß nach der kurzen Dialogphase die Chance genutzt werden solle, die Arbeit an eingerichteten Verlässlichen Grundschulen zu beobachten. Er sehe die Gefahr, daß Unterrichtsausfälle durch Betreuung kaschiert würden. Das müsse vermieden werden.

Frau Berghaus entgegnet, daß der Vertretungsunterricht in eine pädagogische Konzeption einzubinden sei. In Hannover seien dafür Arbeitskreise gebildet worden, die derartige Konzeptionen erarbeiten. Sie hätte es gerne gesehen, wenn sich 1-2 Emdener Grundschulen für die Einführung entschieden hätten. Man müsse weiterhin intensive Gespräche mit den Eltern und Schulen führen.

Herr Scholl bemerkt, man solle nicht die Bedeutung von Unterricht und Betreuung vertauschen. Die Betreuung dürfe nicht als "Aufbewahrung" bezeichnet werden.

Herr Strelow spricht sich für die Weiterführung der Dialogphase aus.

Herr Hegewald stellt fest, daß von den gesamten Niedersächsischen Grundschulen nur 8 % einen Antrag auf Einführung gestellt haben. Da solle einem für die heutige Abstimmung doch zu denken geben. Bei der jetzigen Diskussion habe er einen wichtigen Punkt vermißt. Über das Wohl der Kinder habe noch keiner ein Wort verloren. Was komme letztlich für die Kinder dabei heraus. Werde es nur noch einen 5 statt 6 Stundenunterricht geben, und von den verbleibenden 5 Stunden 1 Stunde Betreuungszeit? Das sei keine sinnvolle pädagogischen Ausbildung.

Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 10.05.1999

Herr Mecklenburg stellt richtig, daß der Unterricht der Erst- und Zweitklässler nur bis zu 4 Stunden betrage. Von 6 Unterrichtsstunden könne keine Rede sein.

Herr Leeker spricht sich für den 01.08.2000 als Einführungstermin aus. Er sei jedoch mit jedem Termin einverstanden, der von den Eltern erwünscht sei. Er hoffe darauf, daß der nun in Gang gesetzte Prozeß dazu führe, daß sich die Eltern eher entscheiden. Er verdeutlicht ferner, daß die Teilnahme an den Betreuungszeiten freiwillig sei. Im übrigen hätte er es begrüßt, wenn eine Emdener Schule in der Pilotphase mitgemacht hätte.

Herr Hegewald möchte wissen, ob eine an der Schule Larrelt durchgeführte Fragebogenaktion zum Thema "Verlässliche Grundschule" von der Verwaltung veranlaßt wurde.

Herr Ammermann entgegnet, daß es keine direkte Aktion der Verwaltung gewesen sei. Die Schule wollte mit der Befragung in Erfahrung bringen, wie groß der Bedarf an der Einführung wäre. Einzelne Ergebnisse würden noch nicht vorliegen.

Herr Hegewald bittet darum, das Ergebnis über das Protokoll bekanntzugeben.

Anmerkung der Protokollführerin:

Die Umfrage in der Elternschaft der Schule Larrelt brachte folgendes Ergebnis:

Es wurden ca. 200 Eltern der Schülerinnen und Schüler des 1. und 2. Schuljahrganges befragt. 48 Eltern teilten mit, daß sie an einer Vormittags-Betreuung interessiert wären. 7 Eltern wünschen auch eine Nachmittags-Betreuung.

Herr Böhmer gibt zu Bedenken, daß auch viele Nachbargemeinden die Dialogphasen zur "Verlässlichen Grundschule" verlängern würden. Es sei doch unlogisch, heute einen Beschluß für die Einführung zu fassen, um dann die Dialogphase weiterzuführen. Die Reihenfolge müsse eher umgekehrt sein.

Herr Mecklenburg erklärt den Ablauf des Verfahrens.

1. Der Antrag der SPD-Fraktion ist als Auftrag an die Verwaltung zur Vorbereitung des notwendigen Verfahrens zur Einführung der VGS zu sehen.
2. Sofern über den Antrag entschieden ist, hat die Verwaltung in enger Zusammenarbeit mit den Schulen die Einführung der VGS zum nächst möglichen Termin vorzubereiten.

Herr Hegewald fragt an, wer die Personalkosten zahlt.

Herr Ammermann entgegnet, daß das Land Niedersachsen dafür Mittel bereitstelle. Welche sächlichen Mehrkosten der Schulträger zu tragen habe, könne noch nicht konkret gesagt werden. Eventuell würden bei der Schülerbeförderung Mehrkosten anfallen.

Beschluß: Dem Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 13.04.1999, die "Verlässliche Grundschule" zum nächst möglichen Termin einführen, wird zugestimmt.

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

- b) Vorlage 13/830
Bau eines Fußweges an der Nordseite der Leeraner Straße im Bereich der Bushaltestelle Bakkersweg;
Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 12.02.1999

Herr Dr. Beisser begründet den von der FDP-Fraktion gestellten Antrag.

Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 10.05.1999

Herr Röttgers führt aus, daß der Bau des Fußweges zwar wünschenswert, jedoch nicht unbedingt erforderlich sei. Das werde so auch aus Sicht der Polizei und Straßenverkehrsabteilung gesehen. Die Maßnahme zähle auch in Anbetracht fehlender Haushaltsmittel nicht zur 1. Priorität.

Herr Mecklenburg verdeutlicht, daß es sich bei diesem Antrag um eine Anfrage gehandelt habe, die hiermit diskutiert und beantwortet wurde.

Kenntnis genommen.

Punkt 7: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- a) Vorlage 13/559/1
Grundschule Constantia; Planungsstand

Herr Bunjes vom Planungsamt erläutert anhand von Skizzen die 2 erarbeiteten Bauvorentwürfe der Verwaltung.

In einem anschließenden Meinungsaustausch werden verschiedene Ansichten der Ausschußmitglieder zu den Vorentwürfen dargelegt.

Herr Böhmer fragt an, ob ein eigener Hausmeister für die neue Schule vorgesehen sei.

Herr Ammermann erklärt, daß es bei Schulen dieser Größenordnung sicherlich von Vorteil sei, eine Hausmeisterwohnung mit einzubeziehen. Es sei bei diesem Neubau zu überlegen, ob die Einbeziehung einer Hausmeisterwohnung zu verwirklichen sei.

Herr Hegewald erkundigt sich nach dem weiteren Verfahrensverlauf.

Herr Ammermann entgegnet, daß die Bauvorentwürfe dem Protokoll beigefügt würden (**siehe Anlage 1**) und dann in den Fraktionen beraten werden sollten. Anschließend erfolge die weitere Detailplanung und Kostenberechnung. Als Termin für die Inbetriebnahme der Schule sei das Jahr 2003 vorgegeben worden. Das bedeute, daß für 2001 die anteilige Finanzierung und für 2002 die Restfinanzierung des Vorhabens einzukalkulieren sei.

Herr Scholl bittet darum, dem Protokoll auch eine Übersicht über die Vor- und Nachteile beider Modellvorschläge beizufügen (**siehe Anlage 2**).

Kenntnis genommen.

- b) Vorlage 13/861
Ferienänderung im Schuljahr 1999/2000

Herr Ammermann erläutert die Mitteilungsvorlage.

In einer kurzen anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß die neue Ferienregelung den Abstimmungsprozeß recht schwierig gestaltet. Es wurde verdeutlicht, daß die vorgesehenen zwei Ferientage Ende Januar besser den Osterferien zugeordnet werden sollten.

Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 10.05.1999

- c) Vorlage 13/862
Werbung in Schulen

Herr Ammermann gibt bekannt, daß die Emdener Schulen darauf hingewiesen wurden, die Bestimmungen des Erlasses des MK vom 07.09.1994 strikt einzuhalten. Ihnen wurde ferner mitgeteilt, daß die Stadt Emden als Schulträger einzubeziehen sei, wenn Werbung zugelassen werden soll.

Kenntnis genommen.

Punkt 8: Anfragen

-Keine-

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.12 Uhr.